

Austeritätspraxen - Über gesundheitliche Nebenwirkungen der Troika-Politik in Griechenland

13. JAN 2015 | NADJA RAKOWITZ

en einer Delegation des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte und von medico international bin ich vom 25.-28. Februar 2013 nach Athen und Thessaloniki gefahren: Wir wollten uns ein Bild von den Auswirkungen der Austeritätspolitik auf das Gesundheitswesen machen und mit Leuten aus solidarischen Initiativen sprechen und die Möglichkeiten von konkreter praktischer Solidarität ausloten. Ein weiteres Anliegen war es, mit Gesundheitspolitikern der Linken zu sprechen über die Pläne der EU, mit Hilfe des deutschen Gesundheitsministeriums genau jene Elemente des deutschen Gesundheitswesens in Griechenland zu implementieren, gegen die kritische (nicht nur) linke Kräfte zu kämpfen beginnen: die DRG-Finanzierung der Krankenhäuser, über deren verheerende Auswirkungen inzwischen in Deutschland bis in den bürgerlichen Medien diskutiert wird.

Die Lichter gehen aus

Der erste Eindruck, den man von Athen, aber auch Thessaloniki hat, wenn man abends in die Stadt kommt, ist dunkel: Die Lichter sind ausgegangen. Man fährt an großen vier- bis fünf-stöckigen Wohnkomplexen vorbei und in kaum einem Fenster sieht man Licht. Das fällt richtig auf und als wir unsere griechischen Freunde fragten, erklärten sie, dass viele Leute inzwischen ohne Strom leben oder zumindest Strom sparen müssen. Das Nächste, was auffällt, sind die vielen geschlossenen kleinen Geschäfte und Werkstätten, von denen ein großer Teil der Griechen gelebt hat. Was machen all diese Leute, wenn sie arbeitslos werden oder ihr Geschäft schließen müssen? Was machen sie, wenn sie krank werden?

Infolge des Zusammenbruchs der Gesundheitsversorgung kehren Epidemien, die eigentlich überwunden waren, nach Griechenland zurück: Malaria, West-Nil-Fieber, Tuberkulose... Es gibt eine Krise bei den Blutkonserven; Importe werden notwendig, die aber nicht erfolgen, weil nicht gezahlt werden kann. In den Krankenhäusern kommt es wegen der Einsparungen zu einem solchen Anstieg von MRSA-Fällen, dass Schweden deshalb einen Beschluss gefasst hat, griechische Intensivpatienten nicht aufzunehmen. Auch die HIV-Infektionen nehmen wieder zu, weil die "Drücker-Stationen", die zumindest sauberes Besteck und saubere Spritzen geboten haben, jetzt alle geschlossen worden sind.

Als wir das größte Krankenhaus von Athen, Evangelismos, besuchten, konnten wir einen ersten Eindruck von der Situation bekommen. Bei einem Treffen mit ca. 20 ÄrztInnen, Pflegekräften und Mitgliedern der Betriebsgewerkschaft erzählten diese, dass es im – öffentlich geführten – Krankenhaus an Arzneimitteln, Verbandsmaterial und einfachsten Dingen mangelt. Selbst Klopapier sucht man in den Krankenhäusern, die wir in Athen und Thessaloniki besucht haben, vergeblich. Die ÄrztInnen und Pfleger tun, was sie können, sind aber heillos überlastet. Denn zum einen ist viel Personal entlassen worden oder gegangen (z.B. nach Deutschland), zum anderen haben die Krankenhäuser mehr zu tun, weil sich die Menschen Besuche beim niedergelassenen Arzt nicht mehr leisten können. Sie warten lieber, bis sie sich als Notfall ins Krankenhaus begeben können. »Therapie nach Leitlinien erhält kaum noch jemand«, erklärt ein junger Mediziner, »und Unversicherte schon gar nicht«.

Offiziell sind rund 30 Prozent der griechischen Bevölkerung nicht mehr krankenversichert. Viele Leute, die wir getroffen haben, gehen aber davon aus, dass bereits jeder Zweite aus der Absicherung herausgefallen ist. Seit die griechische Regierung auf Druck der Troika durchgesetzt hat, dass alle sozialstaatlichen Leistungen inklusive Krankenversicherung zwölf Monate nach Verlust des Arbeitsplatzes enden, ist die Zahl der Unversicherten dramatisch gestiegen, denn schließlich ist jeder vierte Grieche aktuell arbeitslos, bei Jugendlichen unter 24 Jahre ist es mehr als die Hälfte. Wer nicht krankenversichert ist, muss die Kosten einer Behandlung vor Ort in bar bezahlen oder aber die Rechnung wird dem Finanzamt gegeben, das versucht, das Geld am Ende des Jahres über die Steuer einzuziehen. Betroffene konsultieren also nur noch dann einen Arzt, wenn sie über Geldreserven

verfügen – oder erst dann, wenn es gar nicht mehr anders geht. Für die Beschäftigten im Krankenhaus heißt das, dass sie zusätzlich zur offiziellen medizinischen Versorgung auch noch versuchen, Menschen ohne Versicherung irgendwie mit durchzuschleusen. Der Gedanke, Leute aus Geldgründen einfach unversorgt wieder nach Hause zu schicken, ist für viele von ihnen unerträglich. Die Beschäftigten stehen dadurch unter immensem Druck – und das bei Lohnkürzungen um 30-50 Prozent seit letztem August, seit Monaten nicht bezahlten Bereitschafts- oder Nachtdiensten und bei Kürzung der Überstundenzuschläge. Sie gaben uns den dringenden Auftrag mit, darüber in Deutschland zu berichten und diese Zustände öffentlich zu machen. Gleichzeitig nutzten sie unseren Besuch, um ein Gespräch mit dem CEO, dem kaufmännischen Direktor des Krankenhauses, zu suchen und sich bei ihm zum einen zu beschweren über die katastrophale Lage und zum anderen an offizielle Zahlen heranzukommen, mit denen sie dann politisch argumentieren können. Schnell wurde die hitzige Diskussion nur noch auf Griechisch geführt. Für Übersetzung war der Druck im Kessel in diesem Moment zu hoch...

Wie weit die Ökonomisierung des – ehemals vorrangig öffentlich organisierten – Gesundheitswesens schon in die Strukturen und in den Kopf des CEO eingedrungen ist, zeigte sich, als dieser uns voller Stolz berichtete, dass dank der vor Kurzem eingeführten deutschen DRG die durchschnittliche Verweildauer im Evangelismos inzwischen bei 4,7 Tagen liege, man aber »wie die Besten« nur noch 3,5 Tage (in Deutschland aktuell 7,7 Tage) anstrebe. Ohne auf die gravierenden Probleme einzugehen, nahm er dieses eine Kriterium (das sehr gut messbar ist) als einzigen Maßstab für ein gutes Krankenhaus.

Wie dramatisch die Situation des Gesundheitswesens in Griechenland ist, wurde uns bei einer mittlerweile monatlich stattfindenden Demonstration, der wir in Thessaloniki teilnahmen, klar. Hinter einem Banner, auf dem stand: »Die Schließung von Krankenhäusern tötet«, gingen wir zusammen mit Leuten, die sich in der solidarischen Praxis dort (und z.T. auch bei Syriza) engagieren, in die Notaufnahmen von zwei großen Krankenhäusern und forderten den kostenlosen Zugang zu medizinischer Versorgung für alle – auch die Unversicherten. Das war erschütternd und ermutigend zugleich.

Solidarische Praxen - Notnagel oder Hoffnung für die Zukunft?

Sowohl in Athen (im Stadtteil Elliniko) als auch in Thessaloniki haben wir eine so genannte »Solidarische Klinik« bzw. Praxis besucht. In einem anderen Zusammenhang habe ich mir zwei Wochen später noch die erste solidarische Praxis Griechenlands in Rethymno auf Kreta angeschaut und dort ebenfalls mit einer Ärztin gesprochen.

Giorgos Vichas, ein Arzt und Mitbegründer der Praxis in Elliniko, berichtete, dass Ärzte des Sanitätsdienstes bei einer Demo im Sommer 2011 diese Idee entwickelt hatten. Sie wollten unabhängig vom Staat, aber auch von NGOs eine eigenständige Struktur schaffen, um in dieser »humanitären Krise« Menschen ohne Versicherung zu helfen – ob mit oder ohne griechischen Pass. Durch die Umsetzung der Maßnahmen der Troika kam es zu so großen finanziellen Einschnitten und hohen Selbstbeteiligungen, dass z.B. viele KrebspatientInnen keine Medikamente mehr bekommen (viele davon sind nach Auskunft unserer Gesprächspartner gestorben), dass Schwangere nicht mehr versorgt wurden (weil das in einem Krankenhaus 800 Euro kostet) und dass Kinder nicht mehr geimpft, manche sogar unterernährt seien (deshalb auch die Babynahrung im Lager der Praxis).

Dass sich die Situation mit dem letzten Memorandum im Herbst 2012 noch einmal ziemlich verschlechtert hat, zeigen alleine die Zahlen. Bis heute haben sie 6000 PatientInnen versorgt – 1000 von September 2011 bis August 2012, 1200 von August bis Oktober 2012 und die anderen 3800 von Oktober 2012 bis heute. Von dieser Zuspitzung in den letzten Monaten erzählten uns viele Leute in Griechenland. Auch dass im Zuge dieses letzten Memorandums viele Krankenhäuser geschlossen werden (sollen), macht die Versorgungssituation z.B. auf vielen Inseln noch schlechter. So gab es z.B. einen Plan, das Krankenhaus auf der Insel Limnos ersatzlos zu schließen; die PatientInnen sollten die Fähre nach Lesbos nehmen und dort ins Krankenhaus gehen... Dies wurde bislang verhindert.

Ähnlich dramatisch ist auch die Situation bei der Versorgung mit Arzneimitteln. Seit 2012 bekommt man in Apotheken Tropfen, Tabletten oder Salben nur noch gegen Barbezahlung. Und hunderte Präparate sind überhaupt nicht mehr erhältlich. Das liegt unter anderem daran, dass Pharmafirmen nicht mehr liefern, weil die Refinanzierung aufgrund des Bankrotts des Nationalen Trägers für Gesundheitsleistungen (EOPYY) ungewiss ist. Die EOPYY soll Verbindlichkeiten von etwa zwei Milliarden Euro gegenüber Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern und Pharmaherstellern bedienen, erhält gleichzeitig aber rund 500 Millionen Euro weniger staatliche Zuschüsse.

In der Praxis Elliniko arbeiten zurzeit 200 Leute ehrenamtlich, darunter 75 ÄrztInnen und 15 ZahnärztInnen. Fast

alle arbeiten zusätzlich zu einem anderen Job dort (in der Regel für ein paar Stunden die Woche). Sehr wichtig ist die kostenlose Abgabe von Arzneimitteln sowie von Babynahrung, Windeln etc., von der inzwischen auch Versicherte Gebrauch machen, die die Zuzahlungen nicht mehr leisten können. Es gebe, so berichteten uns Beschäftigte, drei Krankenhäuser in Athen, mit denen die Praxis zusammenarbeitet, die ebenfalls Unversicherte versorgen – so weit es geht und an den Gesetzen vorbei. Sowohl die Ärztekammer als auch die Regierung haben die Praxis anfangs bekämpft und schikaniert. Während die Ärztekammer ihre Drohung, den ÄrztInnen die Approbation zu entziehen, schnell zurücknahm, akzeptiert die Regierung die Arbeit immer noch nicht. Das linke Wahlbündnis Syriza unterstützt die solidarischen Praxen und andere solidarische Projekte und Netzwerke nach Kräften, die Kommunistische Partei (KKE) hingegen ist gegen die Praxen, da diese »den Staat entlasten«.

Über Letzteres sind sich Giorgos Vichas und seine KollegInnen durchaus im Klaren und es ist nicht ihre Absicht, langfristig ein öffentliches Gesundheitssystem zu ersetzen. Im Gegenteil: Parallel zu ihrer solidarischen Praxis kämpfen sie politisch für eine gute und ausreichende öffentliche Gesundheitsversorgung. Sie sind sich auch darüber im Klaren, dass sie nicht einfach zurück wollen zum status quo ante, denn dieser war geprägt von Korruption, Überversorgung (mit entsprechend hohen Arzneimittelausgaben) und Ineffizienz.¹ Diese Fehler seien schon vor der Krise von einigen Leuten, auch ÄrztInnen, kritisiert worden, aber mit wenig Erfolg. Giorgos beschreibt die Situation so: »Wir kämpfen gegen zwei Feinde: gegen die Troika und die ›Inlandstroika‹, die deren Politik umsetzt, und gegen uns selbst. Auch wir müssen uns ändern.« Die solidarischen und selbstorganisierten, gut funktionierenden Arbeitsformen könnten ein Vorbild für ein solidarisches Gesundheitswesen der Zukunft sein, so seine Hoffnung.

Von uns (wir waren übrigens die erste ausländische Ärzteorganisation, die ihre Praxis besucht hat!) erhoffen sich die KollegInnen in den solidarischen Praxen, dass wir in Deutschland verbreiten, wie die Situation ist, und diejenigen kritisieren, die für diese Politik verantwortlich sind. Finanzielle Unterstützung wollen sie übrigens explizit nicht. Sie brauchen Medikamente, aber kein Geld – auch weil sie nicht in den Ruch der möglichen Korruption geraten wollen.²

Das ›soziale Gesundheitszentrum der Solidarität‹ in Thessaloniki

Die solidarische Praxis in Thessaloniki arbeitet praktisch ganz ähnlich wie die in Athen, hat aber eine andere Geschichte. Sie war – wie auch die Praxis in Rethymno – in ihrem Ursprung politisch und von Selbstorganisationsvorstellungen aus dem migrantischen Milieu geprägt. Im Januar 2011 beschlossen während eines Hungerstreiks von 300 Migrantinnen für einen legalen Aufenthaltsstatus, von denen 50 in Thessaloniki untergebracht waren, die sie betreuenden ÄrztInnen, nach dem Streikende weiterzumachen und nach dem Vorbild der des Zentrums in Rethymno/Kreta ein selbstverwaltetes solidarische Gesundheitszentrum in Thessaloniki aufzubauen, das dann im November 2011 öffnete. Ursprünglich für migrantische PatientInnen ohne Zugang zum staatlichen Gesundheitssystem geplant, zeigte sich sehr bald, dass der Bedarf der griechischen Bevölkerung immer höher wird. Inzwischen haben 60% der PatientInnen einen griechischen Pass.

Im Gesundheitszentrum der Solidarität arbeiten über 200 ÄrztInnen aus 9 Fachrichtungen, PsychotherapeutInnen, Pflegepersonal und SozialarbeiterInnen. Außerdem gibt es eine soziale Apotheke, die kostenlos Medikamente an die PatientInnen abgibt. Die Zahl der seit der Eröffnung behandelten Menschen geht in die tausende; in der Stadt finden sich immer mehr Fach-ÄrztInnen, die bereit sind, PatientInnen in ihrer eigenen Praxis unentgeltlich zu behandeln, Abteilungen von Krankenhäusern schleusen unversicherte Menschen an den Verwaltungen vorbei, um sie umsonst zu behandeln. Seit der Eröffnung gilt der politische Grundsatz der Solidarität: »...unser Hauptziel als SSKTH ist es zu zeigen, dass solidarische Strukturen funktionieren und dass es uns durch solidarische Organisation gelingen kann, die Probleme zu überwinden, die durch die ökonomische Krise entstehen. Solidarität bedeutet dabei mehr, als nur eine helfende Hand auszustrecken. Solidarische Strukturen können wirkungsmächtig werden, wenn Solidarität zum Teil des Bewusstseins wird, nicht nur unserer PatientInnen, sondern auch ihrer Familien und der Viertel, in denen sie wohnen. Während eines solchen Prozesses wird klar, dass solidarische Strukturen nicht nur im Gesundheitssektor geschaffen werden können, sondern in allen Bereichen unseres Lebens. Dieser Bewusstwerdungsprozess ist schwer in Gang zu setzen. Erfolg haben wir dann, wenn es gelingt, das SSKTH zum Teil einer Bewegung mit dem Ziel der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und Solidarität zu machen«, so die Kinderärztin Serafia Kalamitsou in einem Interview in der Zeitschrift Graswurzelrevolution.³

Wie auch in Athen und den anderen Praxen arbeiten die MitarbeiterInnen hier unentgeltlich, d.h. nach Feierabend von ihrem anderen Job, in ihrer Freizeit. Die Praxis wird nicht als karitativ verstanden, sondern als politische.

Insofern werden die PatientInnen auch dazu aufgefordert, an dem Projekt zu partizipieren. (Spenden-)Gelder werden nicht vom Staat, Parteien oder Firmen angenommen, sondern nur von Privatpersonen, Vereinen, sozialen Gruppen etc. Inzwischen gibt es in Thessaloniki eine Debatte darüber, inwiefern und unter welchen Bedingungen man mit »Solidarity for All«, einer dem Syriza-Bündnis nahe stehende und von diesem finanzierte „Dachorganisation“ oder Netzwerkstruktur für alle möglichen solidarischen Projekte, zusammenarbeiten wird. Die Debatte dreht sich um die Frage, wie groß die Nähe zu Syriza damit werden würde.

Die Entscheidungen über solche Fragen werden auf den alle 7-10 Tage stattfindenden Vollversammlungen des Gesundheitszentrums getroffen. Von dieser gehen auch öffentliche Stellungnahmen zu Gesundheitsthemen aus. Die Praxis versteht sich wie die in Athen als temporäre Einrichtung mit dem Ziel gesellschaftliche und politische Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle einen gleichberechtigten kostenlosen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Daneben stehen auch Fragen von Antirassismus auf der Tagesordnung des Zentrums. Zum einen vor allem durch die Praxis der gleichberechtigten Behandlung von MigrantInnen unabhängig von ihrem legalen Status und Menschen mit griechischem Reisepass, aber z.B. auch durch Kampagnen gegen die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ (Chrisi Avgi).

Dass es in Thessaloniki eine Tradition an sozialmedizinisch geprägten ÄrztInnen gibt, die nicht erst durch die oder in der Krise Medizin als etwas Politisches verstehen, ist meines Erachtens kein Zufall, sondern hat auch mit der sozialmedizinischen Tradition an der Uni Thessaloniki zu tun, für die u.a. Alexis Benos, Professor für Sozialmedizin/Public Health, steht – der auch für Syriza aktiv ist.

Die Rolle von Syriza

Mit Leuten von Syriza hatten wir mehrfach Kontakt. Theodoros Paraskevopoulos, der für die Parlamentsfraktion am Programm von Syriza mitarbeitet, machte eine Einführung in die polit-ökonomische Situation und betonte dabei, dass im Moment neben der Entwicklung eines Regierungsprogramms das wichtigste Anliegen von Syriza sei, die verschiedenen solidarischen Projekte und Netzwerke zu unterstützen. Dafür sei »Solidarity for All«⁴ gegründet worden. Dabei handelt es sich um eine Art Dachorganisation, die zum einen Gelder verteilt (jeder Parlaments-Abgeordnete der Syriza gibt 20 Prozent seines Gehalts an die Organisation ab), und zum anderen versucht, Netzwerke zwischen den verschiedenen Projekten zu knüpfen und diese miteinander in Kontakt zu bringen. Die Organisation arbeitet seit Oktober 2012 und alle MitarbeiterInnen betonen, dass sie nicht direkt für Syriza arbeiten und schon gar nicht an politische Weisungen gebunden sind... Das schien uns bezeichnend für die Beziehung von Syriza zu den sozialen Bewegungen. Sowohl die verschiedenen linken Strömungen in der »Partei« als auch diese selbst und soziale Initiativen bzw. unabhängige Gruppen bewegen sich – angesichts der ernsten Lage – aufeinander zu und müssen, wie es Alexis Benos in einem Interview formuliert, die alte Art zu arbeiten und Fraktionskämpfe auszutragen, aufgeben und zusammenarbeiten.⁵ Dies bestätigten auch Jannis Milios, Parlamentsabgeordneter und Ökonomieprofessor in Athen, sowie die Mitarbeiter von Solidarity for All und manche MitarbeiterInnen von der solidarischen Praxis in Thessaloniki; andere von deren MitarbeiterInnen sehen das sehr viel kritischer und sind – den Eindruck hatte ich auch in Rethymno – um größere Distanz zu Syriza bedacht, weil diese inzwischen schon zu viel an Radikalität verloren habe.

Dass sich die Bewegungen politisch zu verallgemeinern beginnen, zeigte sich uns auch daran, dass es für die KollegInnen von der solidarischen Praxis völlig klar war, uns auch kurz zur selbstverwalteten Fabrik VIO.ME in Thessaloniki zu fahren und die Gelegenheit zu geben, mit den Beschäftigten dort zu sprechen. Den Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft, Makis Anagnostou, trafen wir am Abend dann auch auf einer offenen Syriza-Versammlung, wo er und der Wirtschaftsexperte von Syriza, John Dragasakis, das ökonomische Programm im Falle einer Regierungsübernahme erläuterten.⁶ Alle Beteiligten wissen, dass sie nur dann politisch erfolgreich sein können, wenn es in den anderen Ländern der EU Unterstützung bzw. Solidarität durch starke linke Bewegungen gibt.

Kritik übten unsere FreundInnen in Thessaloniki an Syriza, dass diese – anders als z.B. die KKE – in ihrer Öffentlichkeitsarbeit dem Gesundheitsthema nicht die Priorität einräumt, die es verdiente. An der humanitären Krise im Gesundheitswesen lassen sich die konkreten Auswirkungen der Austeritätspolitik gewissermaßen hautnah deutlich machen – und an der praktischen Arbeit der solidarischen Praxen lässt sich eine kollektive selbstorganisierte Arbeit als Hinweis für Wege aus der Krise ebenfalls erfahren.

Zur Lage der Flüchtlinge

Griechische Behörden gingen im April 2012 davon aus, dass in Griechenland eine Million Menschen ohne Papiere leben. Die meisten von ihnen möchten aber gar nicht in Griechenland bleiben, sondern stecken wegen der Abschottungspolitik der EU (Dublin II) dort fest.⁷ Einer der traurigsten Momente der Reise war der Besuch des „Netzwerks für politische und soziale Rechte Diktio“ im Athener Stadtteil Exarchia: Dort trafen wir Nassim Lomani, der schon vor Jahren aus Afghanistan nach Griechenland geflohen ist und der dort politische Beratung für Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere macht. Die massive Verarmung und die Arbeitslosigkeit machen die Lage für die hunderttausende Flüchtlinge in Athen noch schwieriger als früher. Selbst diejenigen, die legalisiert wurden verlieren mit dem Job auch die Legalisierung. Das macht die Lage für sie extrem schwierig. Diktio gibt es bereits seit 25 Jahren, zunächst ging es vor allem um Unterstützung für AlbanerInnen. Seit Anfang des Jahrtausends kamen viele Flüchtlinge aus Asien und Afrika, die über Griechenland in die EU einreisen wollten.

Griechenland sei aber schon vor dem Ausbruch der Krise, ca. seit 2005, kein sicheres Land mehr für Flüchtlinge. Aber seit Ausbruch der Krise und dem damit einhergehenden wachsenden Rassismus – nicht nur der Anhänger der faschistischen Partei sondern auch der konservativen Regierungspartei und damit breiter Gesellschaftsschichten – seien politische Arbeit und politische Kampagnen kaum oder gar nicht mehr möglich. „Wir kämpfen nur noch ums Überleben“, so das erschütternde Fazit von Nasim. Er demonstrierte uns dies an zwei Stadtplänen von Athen, in denen so genannte „No-Go-Areas“, also Stadtteile, in denen sich Flüchtlinge nicht mehr sicher bewegen können, eingezeichnet waren. Alleine im letzten Halbjahr hat sich die Zahl dieser No-Go-Areas deutlich sichtbar erhöht... Bei rassistischen Straftaten werden nur selten Täter ermittelt und noch seltener werden sie verurteilt, obwohl die griechische Regierung im Rahmen der EU-Gesetzgebung zu einer intensiveren Verfolgung von hate crimes verpflichtet ist. Die Polizei weigere sich oft, Anzeigen wegen rassistischer Übergriffe aufzunehmen, oder drohe Menschen ohne Papiere mit Abschiebung. In einigen Fällen seien die Polizisten, im Dienst oder privat, sogar selbst die Täter. Die Straflosigkeit legitimiere die Angriffe, so Lomani in dem jungle world-Artikel.⁸

Nach diesem Besuch wurde uns erst recht deutlich, wie wichtig es ist, die vielen solidarischen Projekte zu unterstützen und diesen rassistischen Tendenzen dort wie auch in Deutschland etwas entgegenzusetzen.

Anmerkungen

1 Vgl. Alexis Benos / John Lister: »Syriza – Reality Is Forcing Us To Forget The Old Ways Of Working«, Socialist Resistance, September 14, 2012, in: www.zcommunications.org/

2 Aufrufe der Klinik zu Soliaktionen finden sich auf der Homepage des vdää unter: Themen / Gesundheitspolitik international

3 Eine solidarische Krankenstation in Thessaloniki. Ein Interview mit der libertären Kinderärztin Serafia Kalamitsou, Graswurzelrevolution, Nr.373, 41.Jg, November 2012, SSKTH steht für "soziale Krankenstation der Solidarität Thessaloniki"

4 Ein Positionspapier von Solidarity for All und eine Analyse der Lage in Griechenland in deutscher Sprache findet sich unter: www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf

5 Vgl. Alexis Benos / John Lister: »Syriza – Reality Is Forcing Us To Forget The Old Ways Of Working«, a.a.O.

6 Vgl. Auch Alexis Tsipras: »Unsere Lösung für Europa – ein Vorschlag«, in: Le Monde Diplomatique, Februar 2013

7 Nicole Tomasek: »Bloß weg hier«, Jungle World, Nr. 39, 27. September 2012.

8 Ebd.



Der Text ist von der CC-Lizenz gemäß Impressum ausgeschlossen; das Zitieren und das Verlinken des Textes ist erlaubt, nicht aber das Vervielfältigen/Kopieren.

Nadja Rakowitz ist Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte sowie Redakteurin der Zeitung "express".

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/austeritaetspraxen-ueber-gesundheitliche-nebenwirkungen-der-troika-politik-in-griechenland-1469.html>

PDF erstellt am: 26.10.2021